

Fünfte versus Vierte Gewalt: Journalismus unter Beschuss

Von Frank Überall

Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwo in der Republik gegen die „Lügenpresse“ gepöbelt wird. Kein Tag, an dem Journalisten nicht Zigtausende von Hass-Mails erhalten. Und all das in einer Zeit, in der die Arbeitsbedingungen für Journalisten immer prekärer werden – gesellschaftlich, politisch, aber auch ökonomisch.

Kein Zweifel: Gegenwärtig befindet sich der Journalismus in seiner vielleicht größten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik. Dabei spielt die „Vierte Gewalt“ eine eminent wichtige Rolle für das Funktionieren der Demokratie – was nicht zuletzt durch die Garantie der Pressefreiheit im Grundgesetz zum Ausdruck kommt. Journalismus ist in diesem Sinne in der Tat systemrelevant, steht aber – nicht nur, aber auch in Deutschland – zunehmend unter Druck. Die multiplen Bedrohungen des Journalismus stellen heute ein ganzes Berufsfeld in Frage und gefährden die öffentliche politische Kommunikation. Politische und ökonomische Eingriffe sorgen dafür, dass die strukturierende Rolle des Journalismus im gesellschaftlichen Diskurs zu erodieren droht – mit verheerenden Folgen für die Demokratie.

Wie in Krisengebieten: Gewalt gegen Journalisten

Besonders brachial tritt die anscheinend abnehmende gesellschaftliche Akzeptanz des Journalismus durch die zunehmenden gewalttätigen Übergriffe auf Journalisten zutage. Vor allem bei Kundgebungen und Demonstrationen der „Pegida-Bewegung“ sowie der „Alternative für Deutschland“ (AfD) wurden bereits Medienvertreter angegriffen. Journalisten werden geschlagen, getreten, bedrängt, mit Pfefferspray verletzt. Böller, Flaschen und Steine werden auf die Berichterstatter geworfen.

Seit dem Jahr 2015 hat sich die Zahl der Angriffe durch Rechtsextreme und Rechtspopulisten drastisch erhöht, aber auch bei islamistischen oder linksradikalen Demonstrationen gab es bereits entsprechende Ausschreitungen. Wie viele Übergriffe es genau sind, lässt sich nicht zuverlässig sagen. Nur vereinzelt werden Strafanzeigen gestellt, doch die Täter lassen sich in der Menge meist nicht ermitteln. Polizei und Justiz erscheinen zudem mit der Situation überfordert. Die Sicherheitsbehörden konzentrieren sich darauf,

das Grundrecht der Demonstrationenfreiheit mit Hilfe ihres Gewaltmonopols durchzusetzen. Ein effektiver Schutz von Journalisten fehlt dagegen weitgehend.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) dokumentiert solche Übergriffe inzwischen in einem Internet-Blog.¹ Das European Centre for Press and Media Freedom hat zudem in einer Studie umfassende Informationen zu solchen Einschränkungen der Pressefreiheit in Deutschland gesammelt. Journalisten würden als Provokateure wahrgenommen, heißt es in dem Papier: „Kamera aus' oder ‚Fotografier' mich nicht' sind Aufforderungen der Demonstranten, denen Journalisten selten entsprechen, wenn sie ihrer Tätigkeit wie gewohnt nachkommen wollen. Ein Interessenkonflikt, den mancher Teilnehmer mit Bedrohung oder direkter Gewalt meint lösen zu können.“²

Über (rechtsextreme) Demonstrationen zu berichten, wird damit für viele Medienvertreter zu einer Erfahrung, die sie sonst nur in weit entfernten Krisengebieten irgendwo in der Welt sammeln mussten: Sie haben Angst, ernsthaft verletzt zu werden. Der Mitteldeutsche Rundfunk schickt seine Reporter daher nur noch mit Sicherheitskräften zu solchen Demonstrationen. Das ebenso wichtige Grundrecht auf Pressefreiheit droht dabei unter die Räder zu kommen.

»Lügenpresse« oder die Erosion des Vertrauens

Hier zeigt sich das tiefer liegende Problem: Die Gefährdungslage bei Demonstrationen und die Wahrnehmung von Journalisten als Provokateure erscheint als eine direkte Folge einer allgemeinen Vertrauenserosion gegenüber den Medien. Diejenigen, die mehr oder weniger offen das demokratische System und die Regelungen des Grundgesetzes in Frage stellen, haben offenbar ein Problem mit der massenmedial vermittelten Kommunikation, die nicht vollends in ihrem Sinne verläuft. Nichts steht so sehr dafür wie der inzwischen fast omnipräsente Begriff der „Lügenpresse“.

Die historisch aus der Zeit des Nationalsozialismus übernommene Vokabel ist in Teilen der Bevölkerung längst wieder salonfähig geworden. Ob bei Pegida oder der AfD: Als Kampfbegriff wird sie gegen alles angeführt, was an subjektiver Unzufriedenheit besonders gegen klassische Medien und die durch diese vermittelte Öffentlichkeit vorhanden ist. Dabei wird unterstellt, dass bestimmte Aspekte der Realität von „den Medien“ ganz bewusst ausgeblendet werden.

Demgegenüber steht die Konjunktur der neuen „sozialen Medien“: In sozialen Internetgruppen als digital verlängertem Stammtisch tauschen sich zunehmend Gleichgesinnte aus, die nur noch das (positiv) wahrnehmen, was in ihrer entsprechenden Filterblase als satisfaktionsfähig gilt. Handwerkliche Tugenden des Journalismus spielen dabei keine Rolle. Das solide Zusam-

1 Siehe www.augenzeugen.info.

2 Martin Hoffmann, Das Feindbild – Eine Untersuchung des European Centre for Press and Media Freedom, www.ecpmf.eu, 12.12.2015.

mentragen und Überprüfen von Fakten, die möglichst objektive Darstellung sowie die kompetente Einordnung werden dem Berufsstand von diesen Gruppierungen gar nicht mehr zugetraut. Sie konzentrieren sich lieber auf jede Art von Mitteilungen, die ihrem eigenen Weltbild entgegenkommen. Alles, was dem zu widersprechen scheint, wird reflexartig als Unwahrheit abgetan. Dieser Zerfall der kommunikativen, medial vermittelten Öffentlichkeit in kleinere, separate Teilöffentlichkeiten ist ein gravierendes Problem für die Demokratie – und er steht womöglich erst am Beginn.

Dabei hatte das Internet ursprünglich durchaus Anlass zu Hoffnungen gegeben: Endlich könnten die Bürger sich von der Rolle des Medienrezipienten emanzipieren und am gesellschaftlichen Diskurs teilhaben, weil sie ohne großen Aufwand selbst ihre Meinung publizieren und damit theoretisch ein massenhaftes Publikum erreichen können. In der Realität aber zieht sich ein Großteil der Menschen auf die Rolle des bloßen Konsumenten zurück. Eine dauerhafte kommunikative Teilhabe scheint viele zu überfordern oder ihnen zumindest im komplexen Alltag zu aufwändig zu sein.

Die Folge ist, dass zuweilen besonders zugespitzte, schrille oder laute Töne in Stammtischmanier für die „Stimme des Volkes“ gehalten werden. „Wir sind das Volk“ heißt es auf den Straßen von Dresden, Heidenau und Clausnitz wie in den Hass-Blogs im Internet. Die schweigende Mehrheit findet in dieser medial aufgeregten Digitalwelt keinen Widerhall.

Journalismus auf der Kippe

Offensichtlich wird gegenwärtig das Verhältnis zwischen Journalisten, Medienunternehmen und Rezipienten neu vermessen. Gewiss, noch ist die gesellschaftliche Bindungskraft der Massenmedien – Print, Hörfunk und Fernsehen – nicht wirklich gebrochen; doch die Lage ist für Bürger wie Medienvertreter unübersichtlich. Heute erleben Medienmacher das, womit auch andere demokratisch legitimierte Eliten konfrontiert sind: Die Autorität von Kommunikatoren und Entscheidungsträgern in Politik, Staat und Wirtschaft wird gesellschaftlich zunehmend in Frage gestellt – und eben auch die des journalistischen Berufsstandes. War eine Kontaktaufnahme zu Redaktionen in der Vergangenheit allenfalls über Leser- oder Zuschauerbriefe möglich, sind inzwischen durch E-Mail, Blogs und soziale Netzwerke zahllose niedrigschwellige Kommunikationsmittel entstanden. Nahezu kein Medienhaus oder Journalist kann es sich mehr erlauben, diese Medienwege zu ignorieren.

Der Meinungsdiskurs wird durch diese Entwicklungen völlig neu justiert. Der Schriftsteller Bertolt Brecht hatte schon in seiner Radiotheorie die Vision einer solchen umfassenden Teilhabemöglichkeit für alle Bürger entworfen und sie als gesellschaftliche Chance beschrieben. Jeder mediale Empfänger sollte gleichzeitig auch zum Sender werden können.

Tatsächlich bieten die heute Realität gewordenen, unkomplizierten Kontaktwege viele konstruktive Möglichkeiten für den Austausch zwischen professionellen Medien, Hobbyjournalisten, ambitionierten publizistischen

Interessenvertretern und „einfachen“ Bürgern. In der Vielstimmigkeit dieses diskursiven Konzerts reduziert sich jedoch der Vertrauensvorsprung und die Wirkungsmacht der etablierten Medien. Ja mehr noch: Die neuen Teilnehmer der sich verändernden Kommunikationswelt könnten zu einer „Fünften Gewalt“ im Staate werden, freilich ohne sich den handwerklichen Regeln der professionellen Presse zu unterwerfen.

Unsoziale statt soziale Medien: Polarisierung und Komplexitätsreduktion

Der Kampf um Aufmerksamkeit zwischen Vierter und Fünfter Gewalt wird dabei zuweilen mit höchst unfairen Mitteln ausgetragen. Tatsächlich wird die einstige Hoffnung, dass mit Hilfe von Onlineforen die Debattenkultur inhaltlich beflügelt werden könne, empirisch inzwischen zurückhaltend beurteilt. Die Forscherin Marianne Kneuer von der Universität Hildesheim hat in einer Studie herausgefunden, dass soziale Medien kaum als „virtueller Raum öffentlicher Beratschlagung“ taugen, sondern allenfalls als Plattform für die Organisation von Protesten.³ Soziale Medien könnten demnach höchstens dazu dienen, „auf Diskurse hinzuweisen oder kombiniert mit affektiven Botschaften Emotionen zu verbreiten“.

Doch gerade unangemessene Zuspitzung, üble Gerüchte und effektive Falschdarstellungen gewinnen ihr Publikum, wobei diese publizierten Ausführungen von vielen unreflektiert als medienvermittelt wahrgenommen werden. Ein Unterschied zwischen seriösen und zweifelhaften Quellen wird seitens der Rezipienten kaum mehr gemacht, der Schritt hin zur einer undifferenzierten Abqualifizierung von allem Veröffentlichten als „Lügenpresse“ ist da nicht mehr weit.

In diesem Sinne können internetbasierte „soziale Medien“ schnell zu wahrhaft unsozialen Medien werden, indem sie die für eine Demokratie konstitutive Information über valide Fakten mit der entsprechenden Einordnung unterminieren. „Soziale“ Netzwerke, die eben nicht nur der aufrichtigen und kritischen Diskussion, sondern auch dem hasserfüllten Frontalangriff auf Journalisten dienen, überschatten inzwischen in bestimmten Situationen sogar den redaktionellen Alltag. Die vermeintliche „Lügenpresse“ wird nicht nur bei Veranstaltungen körperlich angegriffen, sie muss sich auch der Schmähkritik aus dem Internet erwehren, bis hin zu Gewaltandrohungen. Der Umgang mit „Shitstorms“ stellt dabei ein Neuland dar, dessen Regeln weitgehend undefiniert bleiben. Die Redaktion der „Berliner Zeitung“ war eine der ersten, die hier in die Offensive gegangen ist. Ressortleiter Arno Schupp kündigte Anfang 2016 an, gegen Hasskommentare beispielsweise bei Facebook aktiv vorgehen zu wollen. Bei nachweislichen Bedrohungen und Diffamierungen stellen die Blattverantwortlichen inzwischen Strafanzeigen bei der Justiz.⁴

3 Kristina Beer, Überschätzte Debattenkultur: Soziale Medien und Protestbewegungen, in: „heise online“, 26.1.2016.

4 Arno Schupp, In eigener Sache: Uns reicht es!, in: „Berliner Zeitung“, 26.1.2016.

Dieses Vorgehen markiert einen Meilenstein im Ringen um die Deutungshoheit im öffentlich-medialen Diskurs. Tatsächlich erscheint die Rolle eines den Diskurs strukturierenden, aber auch differenzierenden Journalismus als immer wichtiger – und immer bedrohter.

Denn faktisch kann dieser mit der digital gelebten Ungeduld kaum noch mithalten. Beim Publikum dominiert die Sehnsucht nach Komplexitätsreduktion. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier warnt zu Recht davor, dass „vor allem die Onlinemedien sehr zu Verkürzung und Polarisierung“ tendierten, „um dem Bedürfnis gerecht zu werden, komplizierte Sachverhalte in Schwarz und Weiß einzuteilen“.⁵ Dagegen bedarf die Demokratie einer informationsbasierten Orientierung. Diese wiederum können in aller Regel nur Journalisten leisten.

Der frühere Vorsitzende der Direktorenrunde der Medienanstalten, Norbert Schneider, grenzt diesen professionellen Bereich daher bewusst von einem „Wettbewerb der vielen“ ab, der im Internet stattfindet: „Dieser Gedanke passt perfekt in eine OBI-Gesellschaft, in der jeder alles kann und daher auch alles macht. Doch so, wie es am Ende eine Dummheit ist, auf den gelernten Maurer zu verzichten, ist es auch eine Dummheit, auf die zu verzichten, die mit einem professionellen Blick hinter die Kulissen des ersten Anscheins schauen. Niemand käme auf die Idee, die Ärzte abzuschaffen, nur weil man über Krankheiten alles, was man wissen kann, im Netz findet, damit aber weder gesünder noch kränker wird, höchstens verwirrter. Und genau das soll beim Journalismus klappen?“⁶

Mehr Zeit und Personal – die wichtigsten Ressourcen

Hier aber zeigt sich die zweite Krise des Journalismus. Für gediegene journalistische Arbeit werden erhebliche Ressourcen gebraucht, die die Gesellschaft heute aber kaum noch aufbringen will. Dazu zählt erstens der Faktor Zeit. Eine umfassende und seriöse Recherche lässt sich nicht in Sekunden erledigen. In akuten Nachrichtenlagen tun sich klassische Medien, insbesondere die öffentlich-rechtlichen, keinen Gefallen, wenn sie ungeprüfte Gerüchte vorschnell veröffentlichen. Ein solches Verhalten befördert nur die Erosion des Vertrauens beim Publikum. Neben der Zeit ist auch die menschliche Arbeitskraft ein relevanter Faktor. Gut ausgebildetes Personal muss unter anständigen Arbeitsbedingungen die redaktionellen Aufgaben erledigen können. Verlage und Sender drängen Journalisten aber zunehmend in prekäre Verhältnisse. Die Gehälter und Honorare, die für feste und freie Mitarbeiter gezahlt werden, reichen an manchen Stellen kaum noch zum Leben. Zuverlässige Beschäftigungen zu angemessenen Bedingungen sind in der Medienbranche dagegen immer seltener anzutreffen.⁷

5 Vgl. Meu/lwd/goe, Steinmeier warnt vor übertriebener Schnelligkeit der Medien, in: „epd medien“, 4.7.2014, S. 15.

6 Norbert Schneider, Was, wenn nicht das Relevante?, in: „Funkkorrespondenz“, 26.9.2014, S. 3.

7 Doch trotz der enormen Schwierigkeiten des Berufes ist „Irgendwas mit Medien“ bei jungen Menschen nach wie vor höchst beliebt.

Das aber liegt auch daran, dass die Bürger nur noch selten bereit sind, für journalistische Inhalte und Produkte zu bezahlen. Die Haltung, dass im Internet ja ohnehin alles gratis zu haben ist und damit das subjektive Informationsrepertoire hinreichend bedient wird, ist weit verbreitet. Die Suche nach neuen Erlösmodellen steckt dagegen noch immer in den Kinderschuhen. So mancher Verantwortlicher in Medienunternehmen erscheint in dieser Situation zahlen- und beratergesteuert, der gesellschaftliche Wert unabhängiger und professionell arbeitender Medien wird dem monetären Wert der jeweiligen Firma gnadenlos untergeordnet. Derart verunsichert, wiegen die Beeinträchtigungen der Pressefreiheit für die betroffenen Journalisten besonders schwer.

Immerhin ist nun endlich auch in der Politik angekommen, dass es im Bereich der politisch-gesellschaftlichen Kommunikation eine gefährliche Schiefelage gibt. „Angriffe auf die Pressefreiheit sind zugleich ein Angriff auf die Demokratie“, hieß es aus Sicht der Abgeordneten des Deutschen Bundestages beispielsweise resümierend in der Wochenzeitung „Das Parlament“ anlässlich einer Expertenanhörung zur Situation der Medien im Kulturausschuss Anfang 2016.⁸ Die Parlamentarier versicherten einmütig, sich für anständige Arbeitsbedingungen für Journalisten einsetzen zu wollen.

Die Verfehlungen der Politik

Dieser dringend erforderliche Diskurs darf jedoch jene bedrohlichen Aspekte nicht vernachlässigen, die die Politik selbst direkt zu verantworten hat. Einschränkungen der Pressefreiheit gibt es schließlich auch auf gesetzgeberischer Ebene, wengleich dieses Thema in der Öffentlichkeit derzeit weniger auffällt als die Gewalt gegen Journalisten. Einen durchaus gewaltigen Eingriff, der zumindest im übertragenen Sinne als gewalttätig einzustufen ist, stellen die Beschlüsse zur Vorratsdatenspeicherung vom Oktober 2015 dar. Wenn Verbindungsdaten von Journalisten massenhaft erhoben werden dürfen, ist eine vertrauensvolle Recherche bei Informanten akut gefährdet. Deshalb haben unter anderem Journalistenorganisationen Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Ohnehin entspricht der Schutz von „Whistleblowern“, die Medien über Missstände etwa in Unternehmen oder Behörden informieren, bis heute nicht internationalen Standards. Ganz im Gegenteil: Wer Medienvertretern solche „Geheimnisse“ verrät, muss derzeit mit strafrechtlichen Folgen rechnen. Selbst die Verfolgung von Journalisten ist in diesem Zusammenhang nicht mehr tabu, wie die Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen die Blogger André Meister und Markus Beckedahl von netzpolitik.org gezeigt haben. Missliebige Veröffentlichungen sollen auf diese Weise be- oder verhindert werden, Journalisten wie Informanten werden eingeschüchtert. Kurzum: Das Vertrauen staatlicher und parlamentarischer Institutionen in die Medien

8 Alexander Weinlein, Kriegsrhetorik. Journalisten werden bei Pegida-Kundgebungen zunehmend häufiger attackiert – verbal und körperlich, in: „Das Parlament“, 3–4/2016, 18.1.2016.

erscheint derzeit – trotz aller Lippenbekenntnisse – zumindest als angekratzt.⁹ Behörden informieren Redaktionen und Öffentlichkeit zuweilen gar nicht, unzureichend oder sogar bewusst falsch, wie die fatale Kommunikation der Kölner Polizei nach den Straftaten in der Silvesternacht gezeigt hat. Immerhin wurden in diesem Fall schnell personelle Konsequenzen gezogen.

Auf anderer Ebene findet die Beeinflussung oder gar Beeinträchtigung der Medienarbeit dagegen weit häufiger und subtiler statt: wenn beispielsweise Pressestellen der Sicherheitsbehörden die Inaugenscheinnahme durch Journalisten einschränken und auf eine gelenkte Kommunikation setzen. Der Zugang zu polizeilichen Einsätzen wird so immer häufiger verwehrt, um dann per Pressemitteilung und sogar mit behördlich erstelltem Bildmaterial die Berichterstattung faktisch in die eigene Hand zu nehmen.

Jahrelang haben die Innenminister der Bundesländer auch Initiativen blockiert, den seriösen Presseausweis für hauptberuflich tätige Journalisten wieder formal anzuerkennen. Das hat dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. So konnten sich bei Demonstrationen bereits Extremisten mit unseriösen Papieren ausweisen, die ihre angebliche redaktionelle Tätigkeit beweisen sollen.¹⁰

Handlungsbedarf gibt es jedoch nicht nur auf der zunächst abstrakt anmutenden gesetzlichen Ebene, sondern auch im behördlichen Alltagshandeln. Dass Behörden auf Bundesebene Informationen zurückhalten dürfen (im Gegensatz zu Ministerien in den Ländern), ist ein für die Demokratie gefährlicher Zustand. Und dennoch wehren sich die Politiker bisher nach Kräften gegen ein gesetzlich verbrieftes Presseauskunftsrecht im Bund.

Ein ideeller Rettungsschirm tut not

Bei alledem zeigt sich: Angesichts derart massiver gesellschaftlicher wie politischer Attacken muss die grundgesetzlich geschützte Pressefreiheit dringend neu mit Leben gefüllt werden. Wir befinden uns mitten in einem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, der die Rahmenbedingungen für die „Vierte Gewalt“ neu definieren muss – unter Berücksichtigung und Abgrenzung der digital-medial vernetzten Bürger als quasi „Fünfter Gewalt“. Umso größer die Bedrohungen von Pressefreiheit und Journalisten sind, umso notwendiger wird der Diskurs über eine Art ideellen Rettungsschirm für Medien, die sich professionellen Kriterien verpflichtet fühlen. Benötigt wird ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens über den ideellen und demokratischen Wert zuverlässiger Medien, wozu auch deren ökonomische Absicherung gehört. Wenn es dagegen nicht gelinge, so der ehe-

9 Das belegt auch der nachträgliche „Autorisierungswahn“: Wer Medieninterviews mit deutschen Volksvertretern führt, wird schnell lernen, dass das Gesagte oft nicht veröffentlicht werden darf, dass es plötzlich nicht mehr „gilt“ – ganz im Gegensatz zu den Gepflogenheiten in anderen Ländern.

10 Immerhin zeigen sich die Verantwortlichen der bundesweiten Innenministerkonferenz (IMK) inzwischen wieder gesprächsbereit, um eine Anerkennung ordentlich legitimer Pressevertreter doch wieder zuzulassen.

malige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio, Qualitätsjournalismus auch zu finanzieren – in den alten wie in den neuen Medien –, dann habe die freie Gesellschaft ein Problem.¹¹

Um das diffuse Durcheinander seriöser und unseriöser Quellen im Internet voneinander unterscheidbar zu machen, könnte die Einführung eines Qualitätssiegels *ein* Ansatz sein.¹² Wer sich einem Regelwerk ähnlich dem des Presserates unterwirft und journalistisches Handwerk verbindlich anwendet, dürfte dann entsprechend mit einem solchen Siegel werben – das bei Verstößen auch aberkannt werden könnte. Auf diese Weise wäre die Vierte von der Fünften Gewalt besser zu unterscheiden.

Fest steht: Wenn die multiple Krise des Journalismus nicht endlich ernst genommen und gesellschaftlich bearbeitet wird, droht eine weitere emotionsgetriebene Zuspitzung des gesellschaftlichen Diskurses – und die Verarmung der sachlich-rationalen Auseinandersetzung. Dass das schlecht für die Demokratie ist, liegt auf der Hand.

Wie wenig garantiert die gesellschaftliche Unabhängigkeit der journalistischen Branche ist, zeigt der Blick auf die aktuellen Repressionen in Polen, Ungarn und nicht zuletzt der Türkei. Nur ein Journalismus, der derartige Entwicklungen ausschließt und sich einer wahrheitsgetreuen und freien Berichterstattung verschreibt, ist es wert, durch die grundgesetzlich festgeschriebene Pressefreiheit geschützt zu werden. Er hat es aber auch dringend verdient – in unser aller Interesse.

11 Vgl. Ex-Verfassungsrichter Di Fabio warnt vor Verlust der Individualität, in: „www.epd.de“.

12 Vgl. Frank Überall, Wegweiser in der digitalen Medienwelt – Bedeutung und Veränderungen des Journalismus, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, „Medien Digital“, Ausgabe 11, Bonn 2009.